

Protokoll Runder Tisch gegen Gentrifizierung (RTgG) am 8. September 2015

Anwesend: 6 Personen, Moderation: Rainer B. , Protokoll: Susanne T.

TOPs:

1. Berichte aus Häusern
2. Infostand 12.9.2015
3. Auslage der Kampagnenzeitung „Grün statt Groth“
4. Mieten-Volksentscheid
5. Verschiedenes

1. Berichte aus Häusern

Beusselstraße 52: Ein Mieter ist vor ca. 3 Wochen gestorben. Die Wohnung ist zwischenzeitlich polizeilich gesperrt worden.

Ein anderer Mieter hat auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes Einsicht in die Brandschutzprüfberichte sowohl für die Beusselstr. 52 als auch 43 beantragt.

Beusselstraße 8 a + b: Berlin Aspire. Die Tochter eines Mieters hat bei „Wem gehört Moabit?“ per mail angefragt, aber sich auf die Antwort bislang nicht wieder gemeldet.

Bremer Straße 51: Der neue Hausbesitzer ist unter der in Hamburg angegebenen Anschrift nicht zu finden.

Hinweis der Anwesenden: Man kann eine Rüge beim Handelsregister einreichen, wenn eine Firma unter der eingetragenen Adresse nicht erreichbar ist.

Hansa-Ufer 5: Videoappell und Besuch des Justizministers Heiko Maas Ende August 2015. Die Kampagne zum Rückkauf wird intensiviert. (Infos: <http://www.moabionline.de/20454>)

2. Infostand am 12. September – Moabiter Kiezfest

Info-Flyer für Crowd Map wird wie vorgelegt gedruckt. Es wird kein neues Flugblatt geschrieben, sondern es werden unsere Infoblätter erst einmal aufgebraucht. Ein Notebook (Ewald) mit Internetstick (Rainer) soll die Crowd Map anschaulich machen. Der aktuelle Mietspiegel und Infoblätter der Mietervereine sollen ausgelegt werden. Auf Anfrage auch die Moabit-Karte mit den voraussichtlichen Milieuschutzgebieten, wie von LPG im Frühjahr 2015 vorgestellt. Es werden zwei Schichten eingeteilt.

3. Auslage der „Grün statt Groth“ – Zeitung

Rudi B. beantragt, die Kampagnenzeitung „Grün statt Groth“ des Netzwerks für Soziale Stadtentwicklung auf dem Infostand auszulegen. Da die dortigen Themen nicht wirklich das Gentrifizierungsthema betreffen, findet eine Abstimmung statt: 3 Pers. dagegen, 1 Pers. dafür, 2 Pers. Enthaltung. Die Kampagnenzeitung wird deshalb nicht am Infostand des RTgG ausgelegt werden.

4. Mieten-Volksentscheid

Ewald Z. teilt mit, er habe den Eindruck, dass sich die Struktur, die den Mieten-VE (derzeit) ausmacht, mit Verein, Vertrauensleuten, Ko-Kreis, Aktiventreffen und „Verhandlungs- bzw. Gesprächsgruppe“ als wenig entscheidungsfreudig und belastbar zeige. Es werde nach seinem Empfinden zu viel diskutiert und gebe Doppelungen zuhauf, was ihm als „Delegierten des RTgG“ ein wenig über den Kopf wachse. Bei Treffen des Mieten-VE habe er sich genervt gezeigt, eine Verselbstständigung der „Gespräche der Initiativgruppe mit der Politik“ beanstandet und sich zurückhaltend dazu geäußert, das Verhandlungsergebnis nun nach Art eines Curriculums an der Universität durchzukauen. Er ziehe derzeit kiezbezogene

Aktivitäten vor und wolle gern von seiner „Funktion als Vertreter des RTgG“ abgelöst werden. Die Anwesenden nehmen diese Bitte zur Kenntnis.

Es werden verschiedene Themen als problematisch eingestuft und an diskutiert. Beispielsweise die vermutete europarechtliche Unzulässigkeit der im Mieten-VE-Gesetzesentwurf angedachten AÖR (Umwandlung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften). Dazu sollen vom Senat Gutachten beauftragt worden sein, deren Ergebnisse bislang aber noch nicht bekannt sind. Zudem wird kritisiert, dass die Ausgaben für den Wohnbauförderfonds unter Haushaltsvorbehalt stehen und dieser ein reines Förderprogramm ist. Es sei kein durchgreifender Systemwechsel in der Wohnungspolitik zu erkennen. Vor allem sei kein Einstieg in kommunalen Wohnungsbau geplant, wie seinerzeit von der INKW gefordert.

Der Gesetzesentwurf des Senats soll am 29. September um 19 Uhr bei einem Sondertreffen des Runden Tisches diskutiert und mit dem GE des Mieten-VE verglichen werden. Es ist beabsichtigt, möglichst eine gemeinsame Position dazu zu erarbeiten.

5. Verschiedenes

Der Runde Tisch ist angefragt beim Mietropolitischen Forum der Linkspartei am 3. Oktober (letztes Panel um 14:30 Uhr) auf dem Podium über das Thema „Was soll sein?“ zu diskutieren. Rainer B. ist bereit dazu. *Nachtrag*: Das klappt nicht, weil er nicht rechtzeitig aus Stuttgart zurück sein kann, Ewald wird es übernehmen. Susanne wird auch anwesend sein.

Ewald berichtet, dass sich der morgige Berliner Sozialgipfel sich mit dem Thema Wohnen befasst (Infos hier: <http://wem-gehoert-moabit.de/2015/09-berliner-sozialgipfel-schlaegt-alarm/>).

In diesem Zusammenhang hat R. Wild, BMV, berichtet, dass mit einem Anhörungsverfahren im Bundestag zur Änderung des Baugesetzbuches der Milieuschutz verschärft werden könne. Um die Mietpreisbremse wirksamer werden zu lassen, sei unabdingbar, eine Meldepflicht der bisherigen Miete bei Mieterwechsel vorzusehen.

Um über den Themenkatalog des Mieten-VE und anderer Bündnisse hinaus für die weitere Arbeit des RTgG Anregungen zu erhalten, regt Ewald Z. an, sich bei Gelegenheit einmal mit den wohnungspolitischen Maßnahmen der Westberliner Zeit zu befassen. Als mögliche Referenten werden Ulli Lautenschläger oder Erika Hausotter vorgeschlagen. Susanne T. und Rainer B. erwähnen, es habe z.B. das LaMod-Programm zur Sanierung mit anschließend gedeckelten Mieten gegeben. Ein solches könne Vorbild für den Umgang mit der aktuell immer wieder als problematisch erscheinenden Energetischen Sanierung sein.

***Nachtrag*: Für den nächsten RTgG am Dienstag, 13. Oktober 2015, 19 Uhr, ist Erika Hausotter geladen und hat telefonisch ihr Kommen zugesagt.**